**Niederschrift
über die Sitzung des Stadtrates**

Datum: 23.04.2015
Ort: Rathaus, Sitzungszimmer, Kalbe (Milde)

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:55 Uhr

Teilnehmer:

Herr Dr. Helmut Bender	
Frau Doris Beneke	unentschuldigt
Frau Ortrun Cyris	
Herr Volkmar Erl	
Herr Gerhard Gansewig	
Herr Mathias Graf	
Herr Kay Grahmann	
Herr Wilfried Hartmann	
Herr Ulf Kamith	
Herr Werner Mertens	entschuldigt
Herr Hans-Georg Otte	
Herr Martin Palm	
Herr Bernd Pawelski	
Herr Günter Pusch	
Herr Karsten Ruth	
Herr Horst Schernikau	unentschuldigt
Frau Melissa Schmidt	
Frau Christa Schulz	
Herr Jens Wede	entschuldigt
Frau Nicole Wernecke	
Herr Otto Wienecke	

Gäste:

Herr Heiko Gabriel	Ortsbürgermeister Kalbe (Milde)
Kamerad Andreas Wille	FF Güssefeld
Herr D. Scheffschick	Stadtwehrleiter

Verwaltung:

Frau Ingrid Bösener

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Ladung
2. Änderungsanträge und Feststellung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.03.2015 (öffentlicher Teil)
4. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 12.03.2015
5. Einwohnerfragestunde
6. Beschluss über die Berufung des stellvertretenden Ortswehrleiters Güssefeld zum Ehrenbeamten

7. Beschluss zur 1. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung
8. Beschluss Gehölzschutzsatzung der Stadt Kalbe (Milde)
9. Beschluss zu den Öffnungszeiten des Freibades Kalbe (Milde) für das Jahr 2015
10. Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung 2015 für das FW-Fahrzeug Brunau in 2016
11. Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung 2015 für den Flächennutzungsplan in 2016
12. Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung 2015 für die Zufahrt Hort/Rathaus in 2016
13. Beschluss von Verpflichtungsermächtigungen 2015 für die Bahnübergänge in 2016
14. Beschluss Verpachtung Flachdach Grundschule Kalbe für Installation Photovoltaikanlage durch Investor zur Stromerzeugung und Eigenverbrauch des erzeugten Strom
15. Beschluss zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Einheitsgemeinde Stadt Arendsee (Altmark) und der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark) zur Erstellung eines Brachflächenkatasters
16. Beschluss befristeter Mietvertrag mit Karateverein Kalbe (Milde)
17. Beschluss über einen neuen Mietvertrag mit dem Schützenverein Kalbe (Milde)
18. Beschluss Schließung Jugendklub Packebusch
19. Mitteilungen des Bürgermeisters
20. Anfragen und Anregungen

Beginn der öffentlichen Sitzung

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Ladung

Der Stadtratsvorsitzende Herr Gansewig eröffnet die Sitzung, stellt die Anwesenheit von 17 Stadträten und somit Beschlussfähigkeit fest. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

TOP 2: Änderungsanträge und Feststellung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Stadtrat Wienecke stellt den Antrag, den TOP 18 des öffentlichen Teils: Beschluss Schließung Jugendklub Packebusch, von der Tagesordnung abzusetzen.

Begründung: Die den Stadträten zu dieser Thematik vorliegenden Unterlagen sind aus seiner Sicht nicht ausreichend, um hier einen Beschluss herbeiführen zu können. Weiterhin beruft er sich auf den § 87 KVG LSA, wonach die Ortschaftsräte im Vorfeld anzuhören sind, was jedoch in diesem Fall nicht geschehen ist.

Herr Bürgermeister Ruth stellt den Antrag den TOP 18 auf der Tagesordnung zu belassen, da durch das Amt entkräftendes Zahlenmaterial vorgelegt werden kann. Es obliegt nunmehr dem Stadtrat zu entscheiden, ob der TOP auf der Tagesordnung zu belassen ist. Der Stadtratsvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen, mit nachfolgendem

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen zur Streichung
5 Enthaltungen zur Streichung
9 Nein-Stimmen zur Streichung

Somit hat der Stadtrat mehrheitlich entschieden, den TOP 18 auf der Tagesordnung zu belassen.

Die Tagesordnung zum öffentlichen Teil der Sitzung wird nach Abstimmung ohne Streichung TOP 18 mit 16 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme in vorliegender Form festgestellt.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.03.2015 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.03.2015 wird in vorliegender Form mit 15 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 4: Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 12.03.2015

Durch den Stadtratsvorsitzenden werden die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 12.03.2015 nachfolgend bekanntgegeben:

- Beschluss Kaufantrag bzw. Pachtantrag für Flurstück 142, Flur 8, Gemarkung Mehrin
- Beschluss Verkauf des Flurstückes 22, Flur 4, Gemarkung Vietzen, Größe 2.598 m²
- Beschluss Grundschuldbestellung für den Verkauf des Flurstückes, Gemarkung Kalbe (Milde), Flur 19, Flurstück 95
- Beschluss eines Erlasses Grundsteuer B

TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Stadtrat Wienecke: Es ist doch richtig, dass in der Einheitsgemeinde 1 Badeanstalt existiert in die investiert wird und eine Bibliothek, in die ebenfalls investiert wird.

Die anwesende Kämmerin Frau Bösemer beantwortet die Frage wie folgt: Es sind keine Investitionen, die dort getätigt werden, sondern es handelt sich um Werterhaltung. Was für Unterhaltung (z.B. Freibad 20 T€) eingesetzt wird, wird z.T. durch den Gewerbestammtisch (z.B. Erlös aus jährlichem Entenrennen) mitfinanziert.

Da es keine weiteren Anfragen gab, schließt der Stadtratsvorsitzende um 19:15 Uhr die Einwohnerfragestunde.

TOP 6: Beschluss über die Berufung des stellvertretenden Ortswehrleiters Güssefeld zum Ehrenbeamten

Herr Ruth zur Erläuterung:

Die Berufung zum Wehrleiter bzw. Stellvertreter unter Ernennung zum Ehrenbeamten der Stadt kann nur erfolgen, wenn der Kamerad die erforderlichen Voraussetzungen entsprechend des § 15 Abs. 3 Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz LSA erfüllt.

Kamerad Andreas Wille wurde von den Kameraden der FF Güssefeld am 20.02.2015 vorgeschlagen und erfüllt die Voraussetzungen.

Der Kamerad Andreas Wille wird mit der Wahrnehmung der Aufgaben des stellvertretenden Ortswehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Güssefeld beauftragt und zum Ehrenbeamten der Stadt Kalbe (Milde) bis zum 22.04.2021 berufen.

Beschluss-Nr: 1 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 0

Nach Beschlussfassung erfolgte die Vereidigung des Kameraden Wille und die Überreichung der Ernennungsurkunde.

TOP 7: Beschluss zur 1. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung

Durch Herrn Ruth werden nachfolgend Erläuterungen gegeben, warum eine Änderung der Satzung erforderlich ist:

Mit Schriftsatz vom 01.04.2015 wurde durch die Kommunalaufsicht des Altmarkkreises Salzwedel als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde eine Änderung der in der Beschlussvorlage genannten Satzung eingefordert. Nachfolgende Änderungen ergeben sich hieraus:

- zu ändern ist der Titel der Satzung, indem aus diesem die Formulierung „ehrenamtliche Bürgermeister“ zu entfernen ist,

- ferner soll festgehalten werden, dass das Sitzungsgeld je Sitzung und Tag gezahlt werden soll,
- zudem ist eine gesonderte Regelung zur Zahlung des Verdienstausfalls entsprechend dem Rd.Erlass des MI LSA vom 16.06.2014 aufzunehmen.

Die Stadträte Wienecke und Pawelski hinterfragen die Begriffe ehrenamtl. Tätige und ehrenamtl. Ortsbürgermeister.

Herr Ruth: Diese beiden Bezeichnungen fallen nicht unter den Begriff zu Stabstrich 1.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall und Fahrtkosten für ehrenamtliche Bürgermeister und sonstige ehrenamtlich Tätige in der Stadt Kalbe (Milde) vom 06.11.2014 in anliegender Form.

Beschluss-Nr: 2 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 0 Enthaltung: 1

TOP 8: Beschluss Gehölzschutzsatzung der Stadt Kalbe (Milde)

Herr Ruth zur Erläuterung:

Mit der zu beschließenden Gehölzschutzsatzung der Stadt Kalbe (Milde) für Gehölze innerhalb der Ortslagen wird die Verfahrensweise geregelt, wie mit Bäumen zu verfahren ist u.a. Anzahl der Neupflanzungen, gemessen am Umfang der Entnahme.....

Die Ortschaftsräte wurden zur genannten Satzung angehört, die Stellungnahmen liegen im Amt vor mit dem Ergebnis, dass mehrheitlich eine Gehölzschutzsatzung abgelehnt wird.

Der Hauptausschuss hat sich ebenfalls am 09.04.2015 mit dieser Thematik befasst und ist zu dem Ergebnis gekommen, dem Stadtrat diese Satzung nicht zu empfehlen.

Herr Stadtrat Erl fragt nach, wie die Begründungen aus den Ortschaften zur Ablehnung lauten.

Herr Ruth: - Satzung erfordert hohen Kontrollbedarf, der durch das Ordnungsamt nicht abzudecken ist (Personalfrage, Kostenfrage)

- rechtliche Regelung über Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt oder über den Altmarkkreis Salzwedel,

Herr Stadtrat Pusch fragt nach, auf welche Grundlage Bürger zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn diese sich im Bezug auf Baumschnitt, Heckenschnitt..... nicht an gesetzlichen Vorgaben halten.

Herr Ruth: Es können ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden, wenn z.B. außerhalb der Baumschnittsaison..... hierzu Aktivitäten erfolgen.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt die im Entwurf vorliegende Satzung über den Schutz von Grünbeständen der Gemeinde (Gehölzschutzsatzung) .

Beschluss-Nr: 3 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 4 Nein: 12 Enthaltung: 1

a b g e l e h n t !

TOP 9: Beschluss zu den Öffnungszeiten des Freibades Kalbe (Milde) für das Jahr 2015

Herr Ruth:

Zu diesem Beschluss bedarf es keiner großen Erläuterung, da der Stadtrat in jedem Jahr die Badesaison per Beschluss regelt.

Der heutige Beschluss lehnt sich an die bereits in den Vorjahren beschlossenen Öffnungszeiten an.

Auch wurde in den zurückliegenden Jahren eine Ermäßigung am Eröffnungstag per Beschluss festgelegt.

Der anwesende Ortsbürgermeister Herr Gabriel meldet sich zu Wort:

- Durch den Gewerbestammtisch wurde als Eröffnungstermin der 10. Mai vorgeschlagen, warum fand dieser Termin keine Berücksichtigung?

Herr Ruth: Man muss hier klar und deutlich feststellen, wer Entscheidungsträger ist, nämlich der Stadtrat und Termine werden durch den Stadtrat definiert.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt, das Freibad vom **30.05.2015 bis einschließlich 30.08.2015 täglich in der Zeit von 13:00 Uhr – 20:00 Uhr** zu öffnen.

In den **Sommerferien** ist das Freibad **täglich ab 11.00 Uhr** zu öffnen.

Bei wetterbedingter Notwendigkeit ist der Bürgermeister berechtigt operative Entscheidungen herbeizuführen.

Ferner wird beschlossen, anlässlich der Eröffnungsfeier den Eintritt für das Freibad kostenfrei zu gestalten und der Vorverkauf der sonstigen Freibadbenutzungskarten am Eröffnungstag soll mit 10 % Ermäßigung festgelegt werden.

Für die Saison 2015 sind weiterhin die Regelungen der Badeordnung zu beachten.

Beschluss-Nr: 4 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 10: Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung 2015 für das FW-Fahrzeug Brunau in 2016

Zu den TOP 10 – 13 erteilt der Stadtratsvorsitzende der anwesenden Kämmerin, Frau Bösemer, das Wort.

Frau Bösemer führt aus:

Bei den genannten TOP handelt es sich ausschließlich um Verpflichtungsermächtigungen für 2016, resultierend aus dem Ergebnis der Beratungen zur Invest-Liste 2015. Da die Investpauschale 2015 nicht gereicht hat, musste differenziert werden und Rangfolge festgelegt werden.

Hinweis: Verpflichtung ist nicht gleich Pflicht.

Weiter zu TOP 10: Im Rahmen der Haushaltssatzung 2014 wurde für 2015 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 370 T€ für die Anschaffung eines HLF 20 für die Ortschaft Brunau eingegangen. Gemäß Risikoanalyse macht sich der Kauf eines HLF für den Bereich Brunau erforderlich, insbesondere im Hinblick auf die vorhandene Bahnlinie zwischen Brunau und Packebusch und des damit verbundenen Gefahrenpotentials. Um eine Belastung für 2015 zu reduzieren, wurde die Finanzierung in 2 Jahresscheiben festgelegt, das bedeutet: für 2016 ergibt sich daraus eine Verpflichtung zu dieser Ausgabe.

Herr Stadtrat Graf: 370 T€ also nicht mehr im vollen Umfang.

Frau Bösemer: Ja, der Arbeitskreis FF hat sich beraten und eine „abgesprochene“ Variante gefunden.

Herr Stadtrat Wienecke: Beschluss widerspricht mir völlig. Demnach bleibt dann im nächsten Jahr nichts mehr für anderes übrig.

Frau Bösemer: Es steht uns im nächsten Jahr sicher wieder eine Investpauschale zur Verfügung und dann muss man sehen. Eine Verpflichtungsermächtigung ist die Vorbereitung z.B. für Ausschreibung....., Flächennutzungsplan.....

Herr Stadtrat Pusch fragt an, was die Folge wäre, wenn der Stadtrat die Verpflichtungsermächtigung ablehnt.

Herr Ruth: Dann wäre die Finanzierung der Pflichtaufgabe (FF) nicht machbar und er als Bürgermeister wäre dann verpflichtet, gegen den Beschluss des Stadtrates anzugehen.

Herr Stadtrat Kamith: 2012 wurde Risikoanalyse erstellt und heraus macht sich der Kauf unumgänglich. Nach der Risikoanalyse kommen bestimmt noch mehr Fahrzeuge, die neu angeschafft werden müssen.

Frau Stadträtin Cyris: Der in Kürze gewesene Brand an der besagten Bahnlinie hat gezeigt, wie wichtig die Anschaffung dieses Fahrzeuges ist, es gibt immerhin Anwohner an der Bahnstrecke.

Herr Stadtrat Wienecke kann das von Frau Cyris gesagte nur bestätigen.

Frau Stadträtin Schulz ist der Meinung, dass durch die gefertigte Risikoanalyse die Stadt vom Gesetzgeber her verpflichtet ist hier was zu tun.

Herr Stadtrat Dr. Bender abschließend: Wir haben zu den Investition 2015 genügend diskutiert und die heutigen Beschlüsse sind das Ergebnis.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt eine Verpflichtungsermächtigung für das Folgejahr 2016 für das Feuerwehrfahrzeug Brunau (HLF) in Höhe von 122.500 Euro.

Beschluss-Nr: 5 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 11: Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung 2015 für den Flächennutzungsplan in 2016

Frau Bösemer:

Die EG Stadt Kalbe (Milde) ist verpflichtet, einen Flächennutzungsplan für das gesamte Einheitsgemeindegebiet zu erstellen. Dieser Plan ist ein Planungsinstrument im System der Raumordnung, mit dem die bauliche Entwicklung der Gemeinden gesteuert werden soll. Aus der Förderung der Regionalentwicklung Sachsen-Anhalt werden Mittel (80 % netto) für besondere Teile des Flächennutzungsplans zur Verfügung gestellt. Für die Maßnahme der Stadt Kalbe (Milde) wurden FM in Höhe von 69.619,13 € in Aussicht gestellt.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt eine Verpflichtungsermächtigung für den Flächennutzungsplan in Höhe von 133.500 Euro im Jahr 2016.

Beschluss-Nr: 6 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 0 Enthaltung: 1

TOP 12: Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung 2015 für die Zufahrt Hort/Rathaus in 2016

Frau Bösemer:

Die Maßnahme „Zufahrt Hort/Rathaus“ ist schon über Jahre in der Dorferneuerung und wird zu 75 % netto (53.000 €) gefördert. Im 1. Bauabschnitt wurde die Fläche vor der Kita gestaltet. Um das Gesamtbild am Rathaus zu verbessern und die Zufahrt für den Hort, die Kita „Lebenshilfe“ und die jetzt angesiedelte Polizei abzuschließen, wäre die Erneuerung der Parkfläche angebracht.

Da über die Problematik Zufahrt Hort/Rathaus im Rahmen der Invest-Liste 2015 genügend diskutiert wurde, bedarf es in der heutigen Sitzung keiner ausführlichen Diskussion. Aus diesem Grund bringt der Stadtratsvorsitzende die vorliegende Beschlussfassung zur Abstimmung.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt eine Verpflichtungsermächtigung für die Baumaßnahme Zufahrt Hort/Rathaus in Höhe von 104.000 Euro. Die Maßnahme wird mit 53.000 Euro gefördert, bei der Stadt verbleibt ein Eigenanteil von 51.000 Euro.

Beschluss-Nr: 7 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 6 Enthaltung: 2

Nach Abstimmung bitten 5 der mit nein gestimmten Stadträte: Cyris, Schmidt, Wienecke, Kamith und Wernecke - um namentliche Benennung im Protokoll.

TOP 13: Beschluss von Verpflichtungsermächtigungen 2015 für die Bahnübergänge in 2016

Frau Bösemer:

Die DB Netz AG, Regionalbereich Süd, beabsichtigt im Zuge des zweigleisigen Ausbaus der Bahnstrecke Stendal-Uelzen die genannten Bahnübergänge entsprechend den von der DB

aufgestellten Kreuzungspläne herzustellen und auszubauen.

Bei den genannten Maßnahmen handelt es sich um Kreuzungsmaßnahmen nach § 3 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EkrG) mit der Kostenfolge nach § 13 EkrG, wonach die Beteiligten (Bund, Bahn, Straßenbaulastträger) je 1/3 der Kosten zu tragen haben.

Herr Stadtrat Pawelski: Was die DB „macht“ ist aus seiner Sicht nicht korrekt, bestellt Leistungen und nimmt uns als Ortschaft in die Pflicht.

Herr Stadtrat Wienecke: Gesetz verpflichtet nun mal.

Herr Ruth: Die Stadt hat keine Möglichkeit in Widerspruch zu gehen.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt eine Verpflichtungsermächtigung für folgende Maßnahmen:

1)Bahnübergang Beese-Hagenau	44.700 Euro	(35.700 FM)
2)Bahnübergang Brunau-Lohne	33.900 Euro	(27.000 FM)
3)Bahnübergang Beese-L 15 Stendal	34.900 Euro	(28.900 Zuschuss LSBB + 4.700 FM)
	113.500 Euro	(96.300 FM + Zuschuss)

Der Eigenanteil beträgt in der Summe 17.200 Euro.

Beschluss-Nr: 8 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 12 Nein: 4 Enthaltung: 1

TOP 14: Beschluss Verpachtung Flachdach Grundschule Kalbe für Installation Photovoltaikanlage durch Investor zur Stromerzeugung und Eigenverbrauch des erzeugten Strom

Herr Ruth führt aus:

Das Modell wurde bereits in der letzten Sitzung vorgestellt.

Hintergrund: Senkung der Stromkosten in der Schule, Vorzeigeobjekt, schulischen Wert (päd. Aspekt).

Die Maßnahme bedarf einer beschränkten Ausschreibung.

Einnahmen im Jahr ca. 600 €.

Herr Stadtrat Hartmann hat kein gutes Gefühl bei diesem Modell, Pachtgebühr für den Betreiber, aber keine Garantie, dass die Stadt Plus macht. Warum baut die Stadt diese Anlage nicht selbst, aber wahrscheinlich ist das rechtlich nicht möglich.

Herr Ruth: beschränkte Ausschreibung, der Investor profitiert sicher, ob das nächste Jahr schon Stromkosteneinsparung bringt, kann nicht gesagt werden.

Herr Stadtrat Dr. Bender schlägt vor, das Dach der Grundschule wie schon andere Dächer in der EG zu verpachten.

Herr Ruth: Die Dachfläche ist nicht groß genug, mit dem vorgeschlagenen Model wird eigentlich nur Image und Außenwirkung erzielt. Auf die Frage, warum wir diese Anlage nicht selbst installieren, muss geantwortet werden, dass das für die Stadt bedeuten würde einen Kredit aufnehmen zu müssen und bei der derzeitigen Haushaltslage, würde dieses Vorhaben nicht von der Kommunalaufsicht (muss ihr Einverständnis geben, da sich die Stadt in der Konsolidierung befindet) genehmigt werden.

Herr Stadtrat Wienecke: Wenn wir verpachten, hätten wir wenigstens Geld in der Hand.

Herr Ruth: Es muss geprüft werden, ob Pachtmodell in Frage kommen könnte. Der Beschluss kann so umformuliert werden.

Auch Frau Stadträtin Wernecke zweifelt an, ob die Nutzung wirklich so sein wird, wie wir sie uns erhoffen.

Herr Stadtrat Erl würde den päd. Aspekt gut finden, könnte man diesen nicht festmachen.

Frau Stadträtin Schmidt: Ist Stromverbrauch schon mit eingerechnet, da dieser immer auf ein Minimum ausgelegt ist. *Vorschlag*: Anschaffung einer Batterie. Abschließend spricht sie sich für das Pachtmodell aus.

Herr Ruth: Einsparung im regulären Stromverbrauch ist mit eingeflossen. *Hinweis*: es wäre

auch möglich, Strom im Hort einzuspeisen.

Der Stadtrates der Stadt Kalbe (Milde) beschließt, dass auf dem Flachdach der Grundschule Kalbe (Milde) eine Photovoltaikanlage zu installieren ist. Die Installation soll durch Dritte erfolgen, von denen nachfolgend die Anlage durch die Stadt Kalbe (Milde) gepachtet wird und zum Eigenverbrauch in der Grundschule Kalbe (Milde) Strom produzieren soll.

In diesem Zusammenhang wird der Bürgermeister ermächtigt, die entsprechenden Verfahren einzuleiten und in der Folge Aufträge auszulösen sowie Vereinbarungen abzuschließen.

Beschluss-Nr: 9 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 14 Nein: 0 Enthaltung: 3

TOP 15: Beschluss zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Einheitsgemeinde Stadt Arendsee (Altmark) und der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark) zur Erstellung eines Brachflächenkatasters

Herr Ruth zur Erläuterung:

Es wird auf die Stadt künftig zukommen, dass ein gemeindliches Entwicklungskonzept erstellt werden muss. Der Stadtrat muss sich im Vorfeld damit befassen, was wo ist z.B. Brachflächen....., um diese fotografisch und mit Fakten untermauert für das Entwicklungskonzept zur Verfügung gestellt zu bekommen. Auch hat man belastbares Material in der Hand, wenn z.B. nach Brachflächen gefragt wird (Investoren).

Vorteil: über eine Kooperationsvereinbarung können die Kosten gesenkt werden. Da diese Vereinbarung mit der Stadt EG Arendsee (Altmark) und der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark) abgeschlossen werden soll, hat jede beteiligte Kommune nur noch 1/3 der Kosten zu tragen. Die Erstellung des Katasters hat Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Förderprogramm Sachsen-Anhalt REGIO zum Inhalt. *Hinweis:* die aktuellen Daten müssen dann aber auch gepflegt werden.

Mit der Kooperationsvereinbarung sollen sowohl private als auch öffentliche Leerstands- und Brachobjekte bzw. Brachflächen einer Erfassung zugeführt werden, um diese nachfolgend einer Verwertung bzw. einer Kontrolle und Lenkung zuzuführen.

Weiter informiert Herr Ruth darüber, dass der Hauptausschuss sich bereits mit dieser Problematik befasst und eine Beschlussempfehlung abgegeben hat mit dem Vermerk, dass die Finanzierung durch Einsparung in der Maßnahme Flächennutzungsplan erfolgen soll.

Herr Stadtrat Wienecke: Kann dieses Brachflächenkataster nicht über die Verwaltung selbst oder durch die einzelnen Ortsbürgermeister erstellt werden?

Herr Stadtrat Palm fragt nach, welche Kosten entstehen, um die Daten aktuell zu halten.

Herr Ruth: Hierzu kann leider noch keine Aussage getroffen werden.

Frau Stadträtin Schmidt: Fördermittel gibt es deshalb, damit auch im großen Rahmen ein Kataster für Leerstand für das Land entsteht.

Herr Stadtrat Graf: Wer führt die Maßnahme durch? Von Fördermittel Nutzen ziehen, indem wir selbst Leute zur Verfügung stellen.

Herr Ruth: Die Maßnahme wird durch BIC Stendal realisiert, eigene Kräfte (Stadt) können nicht zur Verfügung gestellt werden.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt eine Kooperationsvereinbarung, die die Zusammenarbeit mit der Einheitsgemeinde Stadt Arendsee (Altmark) und der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark) zwecks Erstellung eines Brachflächenkatasters unter der Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Förderprogramm Sachsen-Anhalt REGIO zum Inhalt hat.

Projekträger ist die Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark).

Bei einem Gesamtvolumen der Maßnahme in Höhe von 30.000 Euro, beträgt der Eigenanteil für die Stadt Kalbe (Milde) jeweils 1.000 Euro in 2015 und in 2016.

Über die Maßnahme sollen sowohl private als auch öffentliche Leerstands- und Brachobjekte

bzw. Brachflächen einer Erfassung zugeführt werden, um diese nachfolgend einer Verwertung bzw. einer Kontrolle und Lenkung zuzuführen.

Auf diese Weise kann die Ortsbildpflege ebenso fundiert verfolgt werden, wie auf Nachfragen von Interessenten reagiert werden kann.

Die zu erarbeitende Datenbasis wird in das kommunale Geographische Informationssystem integriert.

Die Ergebnisse der Erfassung werden bei der Erstellung des angestrebten Flächennutzungsplanes für die Stadt Kalbe (Milde) zur Anwendung kommen.

Die Finanzierung erfolgt durch Einsparung in der Maßnahme Flächennutzungsplan.

Beschluss-Nr: 10 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 13 Nein: 1 Enthaltung: 3

TOP 16: Beschluss befristeter Mietvertrag mit Karateverein Kalbe (Milde)

Herr Ruth zur Erläuterung:

Der Karateverein Zen-ryi Kalbe (Milde) e.V. hat über die Sportstättenbauförderung 2015 einen Fördermittelantrag zur Sanierung des von ihm betriebenen Karate- und Kleinsportzentrums in Kalbe (Milde) gestellt (Fenster, Dachdämmung.....)

Um die angestrebte Förderung zu erhalten, muss der Verein einen Mietvertrag mit der Stadt mit einer langfristigen Bindung vorlegen. Bisher lief der Mietvertrag nur immer für 1 Jahr. Dieser Vertrag ist nicht zwingend nur für den Karateverein, sondern dieses Sportzentrum wird auch für andere sportliche Aktivitäten (Übungsgruppen verschiedener Kategorien) genutzt. Sollte der Karateverein also diese angestrebten 15 Jahre nicht „durchhalten“, wird dieses Zentrum sicher durch bereits erwähnte sportliche Aktivitäten weiter genutzt werden.

Frau Stadträtin Schmidt hinterfragt, ob der Mietzins bestehen bleiben soll.

Herr Ruth: Es gibt keinen Mietzins, dafür hat der Karateverein alle Neben- und Betriebskosten selbst zu tragen.

Frau Schmidt weiter: Soll diese Sanierung nur für den Sportstättenbereich erfolgen oder weiter.

Herr Ruth: Nur für den genannten Sportbereich. Die Räume für die Regionalbereichsbeamten (Polizei) wurden aus Sicherheitsgründen bereits mit neuen Fenstern ausgestattet.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt auf den Antrag des Zen-ryi-Karatevereins Kalbe (Milde) e.V. vom 05.04.2015 die durch den Verein über die Sportstättenbauförderung 2015 beantragte Sanierung des Karate- und Kleinsportzentrums in Kalbe (Milde) mit einer Vertragsgestaltung der aktuellen Nutzungsvereinbarung zu begleiten.

Der neue Vertrag soll nunmehr eine Mindestlaufzeit von 15 Jahren aufweisen.

Beschluss-Nr: 11 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 15 Nein: 0 Enthaltung: 2

TOP 17: Beschluss über einen neuen Mietvertrag mit dem Schützenverein Kalbe (Milde)

Herr Ruth führt aus:

Bei dieser Beschlussvorlage ist es ähnlich gelagert wie bei der vorherigen.

Der Schützenverein sieht vor, eine Erweiterung des Schießstandes in Vahrholz durch einen Toilettenanbau vorzunehmen. Für den Verein besteht die Möglichkeit über eine Förderung in 2015 diese Maßnahme zu realisieren.

Die Stadt Kalbe (Milde) ist Eigentümerin des vertragsgegenständlichen Grundstückes. Wegen der Bindefrist für die angestrebten Fördermittel muss die Laufzeitregelung der zurzeit bestehenden Vereinbarung dahingehend modifiziert werden, als dass eine Nutzungszeitbefristung über mindestens 15 Jahre aufgenommen wird. Die außerordentlichen Kündigungsrechte bleiben bestehen.

Der Stadtrat der Stadt Kalbe (Milde) beschließt auf den Antrag der Schützengilde Kalbe (Milde) von 1848 e.V. vom 09.04.2015 die durch den Verein über eine Förderung in 2015 beantragte Erweiterung des Schießstandes in Vahrholz durch einen Toilettenanbau mit einer Vertragsumgestaltung der aktuellen Nutzungsvereinbarung vom 16.02.1994 zu begleiten. Der neue Vertrag soll nunmehr eine neue Mindestlaufzeit von 15 Jahren aufweisen. Weitere wesentliche Änderungen sind nicht vorgesehen.

Beschluss-Nr: 12 vom 23.04.2015

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 18: Beschluss Schließung Jugendklub Packebusch

Herr Ruth führt protokollarisch aus:

- im Januar 2014 wurde durch das Fachamt mit der Mitarbeiterin für den Jugendklub über die Auslastung des Jugendklubs beraten mit dem Ergebnis, dass der Jugendklub nur noch donnerstags und freitags geöffnet wird. Für diese Tage ist eine Anwesenheitsliste zu führen,
- im Mai 2014 statten Mitarbeiter des Fachamtes unangemeldet dem Jugendklub einen Besuch ab; zu dieser Zeit hält sich kein Kind im Jugendklub auf, woraufhin sich die Mitarbeiterinnen mit dem Ortsbürgermeister Herrn Wienecke in Verbindung setzen und ihn darüber informieren mit der Option über eine Schließung nachzudenken; der Ortsbürgermeister spricht sich dagegen aus,
- Anfang Juli 2014 wird der Jugendklub aufgrund der schlechten Nachfrage nur noch freitags geöffnet (vom Fachamt wurde jedoch der Donnerstag favorisiert). Mitte Juli 2014 tagte der Ortschaftsrat, jedoch findet eine zielführende Debatte zum Jugendklub nicht statt,
- Mitte Oktober 2014 kontaktiert das Fachamt erneut den Ortsbürgermeister und bittet um Einberufung des Ortschaftsrates zur Thematik: Jugendklub; am 13. Oktober tagt der Ortschaftsrat, jedoch wird zum Jugendklub nichts beredet,
- am 20. November wird über das Postfach des Ortsbürgermeisters in der Verwaltung erneut der Kontakt zu ihm gesucht mit Bitte um persönliche Rücksprache mit dem Fachamt zum Thema Jugendklub; es erfolgte keine Reaktion seitens des Ortsbürgermeisters;
- im Hinblick auf die am 23. April stattfindende Stadtratssitzung, die unter anderem die Schließung des Jugendklubs Packebusch auf der Tagesordnung haben soll, beschäftigte sich der Ortschaftsrat am 21.04. mit der Thematik Jugendklub, lehnt die Schließung jedoch ab;
- ein weiterer wesentlicher Faktor sind die Bewirtschaftungskosten;

Herr Stadtrat Wienecke, zu dieser Thematik auch als Ortsbürgermeister von Packebusch, bittet ums Wort:

3.500 € Betriebskosten und 5.117 € Personalkosten im Jahr werden angezweifelt.

Der Ortschaftsrat gibt jährlich einen Zuschuss von 500-600 € aus seinem Budget an den Jugendklub.

Der Jugendklub hat eine kulturelle Bedeutung. Sicher ist er der einzige dieser Art im Gemeindegebiet, doch im Zuge der Gebietsreform hat sich der Ortschaftsrat die Aufrechterhaltung des Klubs zum Ziel gesetzt. Auch wurde extra der Bücherbus nicht in Anspruch genommen, damit das Geld mit in den Klub einfließen kann. Weiterhin verwies er auf die Gesetzgebung, nach der der Ortschaftsrat zu dem Thema unbedingt im Vorfeld zu hören gewesen wäre. Auch kann er nicht nachvollziehen, dass das Freibad und die Stadtbibliothek, die ebenfalls die einzigen ihrer Art in der Einheitsgemeinde sind, jedes Jahr hohe Defizite verursachen, vom Stadtrat aber als erhaltenswert angesehen werden.

Weiterhin führt er aus, dass nach seinem Kenntnisstand keine Kontakte mit dem Ortsbürgermeister und dem Ortschaftsrat aufgenommen wurden und es lag auch kein Zahlenmaterial vor, was als Diskussionsgrundlage hätte genutzt werden könnte.

Frau Stadträtin Schmidt: Man sollte doch realistisch bleiben, in keinem anderen Ort gibt es solches Angebot.

Auch Frau Stadträtin Schulz ist der Meinung, es ist unrealistisch die Arbeit in Packebusch so weiterzuführen wie bisher. Auch ihre Ortschaft hat sich zu dem Schritt entschieden, ihren damaligen Jugendklub zu schließen. Sie als Ortsbürgermeisterin hat selbst Kinder- und Jugendarbeit in Badel betrieben. Die vergangene Zeit hat jedoch gezeigt, dass man auch ehrenamtlich viel machen kann und es möglich ist, dass das Leben dann auf dem Dorf trotzdem weitergeht. Die Kämmerin Frau Bösemer richtet sich an Herrn Wienecke: Wie soll den Eltern vermittelt werden, dass sie für die Betreuung ihrer Kinder im Hort bezahlen müssen, wenn woanders solches Angebot wie der Jugendklub vorgehalten wird.

Frau Stadträtin Cyris hinterfragt, warum dieses Thema nicht im Finanz- und Sozialausschuss vorberaten wurde.

Herr Ruth: Es besteht seitens der Verwaltung keine zwingende Verpflichtung solche Themen in einen beratenden Ausschuss zur Vorberatung zu geben.

Herr Stadtrat Grahmann kann die ganze Diskussion nicht nachvollziehen. Aus seiner Sicht sollte der Jugendklub nicht geschlossen werden, es sollte doch das was die EG noch hat aufrecht erhalten werden.

Herr Stadtrat Erl: Diese Angelegenheit hätte erst in den Finanz- und Sozialausschuss gehört. Über die mobile Jugendarbeit wurde in 4 Jahren versucht Jugendklubs aufzubauen, was jedoch nicht funktioniert hat. Unsere Alternative ist mobile Jugendarbeit.

Herr Stadtrat Pawelski spricht als Ortsbürgermeister von Altmersleben über seinen Jugendklub in Altmersleben, der jedoch auch ohne Betreuung funktioniert. Hier kommt die Ortschaft lediglich für die Unterhaltungs- und Betriebskosten auf. Gegenwärtig wird auch hier noch nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht. Vielleicht sollte sich der Ortschaftsrat Packebusch über andere Modelle der Jugendbetreuung mal Gedanken machen. Man könnte doch z.B. darüber nachdenken Räumlichkeiten mit anderen gemeinsam zu nutzen. Es muss doch nicht „jedes Grüppchen“ seinen eigenen Raum haben.

Frau Stadträtin Schmidt abschließend: Die Thematik ist zahlen- und faktenmäßig nicht ausreichend für den Stadtrat zur Beschlussfassung vorbereitet worden. Sie stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt in den Finanz- und Sozialausschuss zu verweisen, um dort die entsprechende Vorberatung vorzunehmen. Entsprechendes Diskussionsmaterial ist durch das Amt bereit zu stellen.

Der Stadtratsvorsitzende Herr Gansewig lässt über den Antrag von Frau Stadträtin Schmidt, die Thematik „Schließung Jugendklub Packebusch“ in den Finanz- und Sozialausschuss zu verschieben und dort für den Stadtrat vorbereitend zu beraten, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 0 Enthaltung: 1

Festlegung:

Der Stadtrat legt mehrheitlich fest, der Beschluss wird von der heutigen Tagesordnung des Stadtrates abgesetzt und in den Finanz- und Sozialausschuss verwiesen.

TOP 19: Mitteilungen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister Herr Ruth teilt mit:

- *Unterhaltsbeiträge II (Wasserverband)*

Das Urteil vom OLG liegt nun vor, dass die Beiträge erhoben werden dürfen und somit war die Entscheidung des Stadtrates, diesbezüglich die Widersprüche zurückzuziehen

- richtig,
- *Brückenbau Richtung Bühne*
Bauablaufplan wird nach Auskunft des Landkreises trotz eingetretener Verzögerungen eingehalten; Fertigstellungstermin liegt nach wie vor Ende Juni 2015
 - *Präsentation Ratsinfoprogramm* per Internet (Session) am Dienstag, 28.04.2015 um 19:00 Uhr, im Sitzungsraum des Rathauses, wozu alle interessierten Ratsmitglieder recht herzlich eingeladen sind,
 - *Ausfallerscheinung Putz an der Burgruine*
Gewährleistungsrahmen (Frostschäden); keine Kosten für die Stadt
Hinweis durch Herrn Stadtrat Hartmann: Es soll auf eine ordentliche Abnahme geachtet werden,
 - *Interessenkonflikt*
Im Zuge der Umsetzung des STARK III Programmes im Hort Kalbe (Milde) ist laut neuester Gesetzgebung vom Stadtrat zu bestätigen, dass es im Zuge der Ausschreibung kein Interessenkonflikt mit der ausführenden Firma gab.
 - *Eichprozessionsspinner*
Zur Bekämpfung wurden mit dem Landkreis Verträge zur chemischen Behandlung abgeschlossen. Da der Bedarf so hoch ist, können Privatpersonen nicht mehr berücksichtigt werden.
Herr Stadtrat Wienecke bittet darum, dass in den Ortschaften Bekanntmachungen erfolgen sollten, an wen (Firma) sich Privatpersonen wenden können, um eine Bekämpfung durchführen lassen zu können.
Herr Ruth: Nein, so ein Aushang kann nicht durch das Amt vorgenommen werden, jeder muss sich selbst darum kümmern.

TOP 20: Anfragen und Anregungen

Herr Stadtrat Pawelski hinterfragt, welche Kosten auf die Stadt in Punkto Breitbrand zukommen.

Herr Ruth: Der Zweckverband hat eine Umlage von evtl. 10 Cent je Einwohner beschlossen. Erste Teile wurden erschlossen (Bereich Arneburg).

Da es keine weiteren Anfragen und Anregungen gab, schließt der Stadtratsvorsitzende um 21:28 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und verabschiedet die anwesenden Gäste.

G. Gansewig
Stadtratsvorsitzender

K. Ruth
Bürgermeister